Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Donnerstag, 27. August 2009
Ausgabe 162

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise **2**
Bürgerangelegenheiten **2**
Meldungen **2**
› Verlegung der Fernwärmeleitungen in der früheren Funkkaserne erfordern Baumfällungen 2
› Bundestagswahl 2009: Versand der Wahlbenachrichtigungen und Ausstellung der Briefwahlunterlagen 3
› Geschäftsführung der ARGE München ab 3. September unter neuer Adresse und Telefonnummer erreichbar 4
Antworten auf Stadtratsanfragen **6**
› Schulsozialarbeit an Schulen im Bereich Perlach-Ramersdorf 6

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat **10**

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise

Dienstag, 1. September, 8.30 Uhr,
Telekom Center München, Dingolfinger Straße 1 - 11
Stadtschulrätin Elisabeth Weiß-Söllner spricht Grußworte beim Empfang der Deutschen Telekom AG, Ausbildungszentrum München, für die ab September neu angestellten Auszubildenden. Für 120 junge Menschen ist diese Begrüßungsveranstaltung der Start in ihre Berufsausbildung bei der Deutschen Telekom AG

Dienstag, 1. September, 19 Uhr, vor dem Siegestor
Anlässlich des Internationalen Antikriegstages 2009 spricht Stadtrat Michael Leonhart (SPD) in Vertretung des Oberbürgermeisters Grußworte zum „Maxvorstädter Gedenken ... Zum Frieden mahnend", das der Bezirksausschuss 3 (Maxvorstadt) zusammen mit der Pfarrei St. Ludwig, dem DGB Region München, dem „Münchner Friedensbündnis" und Attac München veranstaltet.

Bürgerangelegenheiten

Donnerstag, 3. September, 18.30 Uhr,
Stadtteilzentrum Fürstenried Ost, „Bürgersaal", Züricher Straße 35
Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 19 (Thalkirchen - Obersendling - Forstenried - Fürstenried - Solln) mit dem Vorsitzenden Hans Bauer.

Meldungen

Verlegung der Fernwärmeleitungen in der früheren Funkkaserne erfordern Baumfällungen
(27.8.2009) Die städtebauliche Entwicklungsmaßnahme Domagkstraße sieht auf dem ehemaligen Gelände der Funkkaserne eine komplette Neubebauung für vielfältige Wohnformen und Gewerbeeinheiten vor. Derzeit wird ein Bebauungsplan erarbeitet, der im Vollzug von diversen Stadtratsbeschlüssen Flächen für zirka 1.500 Wohnungen sowie Grundschule, Kindergärten, ein Haus für Kinder und Jugend, als auch Gewerbebereiche und das Sondergebiet Kunsthof ausweisen wird.

Zur Zeit werden von den Stadtwerken München zwei neue Leitungen verlegt, eine übergeordnete Fernwärmeleitung und eine Hauptwasserleitung. Der in der Verlegungstrasse vorhandene Grünbestand muss gefällt werden. Dabei wurden in Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde und der Abteilung Gartenbau des Baureferats Trassen gewählt, bei denen möglichst kein schützenswerter Baumbestand betroffen ist.
Am heutigen Donnerstag müssen vier Bäume gefällt werden, die auf der Trasse der Fernwärmeleitung stehen. Diese Maßnahme wurde von der Unteren Naturschutzbehörde genehmigt. Im Rahmen der Neubebauung sind hierfür entsprechende Ersatzpflanzungen vorgesehen.

Bundestagswahl 2009: Versand der Wahlbenachrichtigungen und Ausstellung der Briefwahlunterlagen

(27.8.2009) Das Wahlamt der Landeshauptstadt München hat am Sonntag, 23. August, das Wählerverzeichnis der Landeshauptstadt München für die Bundestagswahl am 27. September angelegt.
Voraussetzung für die Teilnahme an der Wahl in München ist:

- Hauptwohnsitz oder gewöhnlicher Aufenthalt in München
- deutsche Staatsangehörigkeit
- am Wahltag mindestens 18 Jahre alt
- kein Wahlausschluss

Es sind 893.028 Münchnerinnen und Münchner (Stand: 23.8.2009) wahlberechtigt (Diese Zahl wird sich auf Grund wahlrechtlicher Regelungen noch geringfügig verändern). Hinzu kommen derzeit noch zirka 2.000 Auslandsdeutsche, die in München wahlberechtigt sind.
Die zur Erstellung der Wahlbenachrichtigung erforderlichen Daten aller wahlberechtigten Münchnerinnen und Münchner wurden am 23. August ermittelt und am 25. August der Druckerei übergeben, die ihm Rahmen des vorgeschriebenen Ausschreibungsverfahrens den Auftrag für den Druck und die Kuvertierung der Wahlbenachrichtigungen erhalten hat.
Die Wahlbenachrichtigungen werden bis spätestens 31. August bei der Post AG angeliefert, damit eine möglichst zügige Verteilung erfolgen kann. Ab Montag, 31. August, werden die Benachrichtigungen zugestellt, die Zustellung muss aufgrund gesetzlicher Regelungen am 6. September abgeschlossen sein.
Die Wahlbenachrichtigung informiert die Wählerinnen und Wähler über ihr zuständiges Wahllokal, und enthält Informationen über die Anforderung von Briefwahlunterlagen, sowie auf der Rückseite ein entsprechendes Antragsformular.

Dieses ist bei schriftlicher Anforderung der Briefwahlunterlagen vollständig auszufüllen und von der wahlberechtigten Person eigenhändig zu unterschreiben, da eine Bearbeitung ansonsten nicht möglich ist.
Eine persönliche Abholung der Briefwahlunterlagen ist ab Montag, 7. September, im jeweils zuständigen Wahlbüro möglich (die genaue Anschrift befindet sich ebenfalls auf der Wahlbenachrichtigung). Dort kann auch gleich vor Ort gewählt werden.
Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, den Wahlschein und die Briefwahlunterlagen unter *www.briefwahl-muenchen.de* im Internetangebot der Landeshauptstadt München online zu beantragen. Das Kreisverwaltungsreferat hat in Verbindung mit dem Direktorium - Hauptabteilung III Informationstechnologie - das hierbei eingesetzte technische Verfahren weiter mit dem Ziel optimiert, die Briefwahlunterlagen jeweils spätestens am nächsten Arbeitstag nach Antragstellung zu versenden.
Das Wahlamt im Kreisverwaltungsreferat rechnet damit, dass zirka 220.000 Münchnerinnen und Münchner Briefwahlunterlagen beantragen werden. Etwa 80 Auszubildende der Landeshauptstadt München werden eingesetzt, um einen reibungslosen Ablauf der Briefwahlversendung zu gewährleisten.
Jeder Briefwähler erhält neben seinem Wahlschein einen Stimmzettelumschlag und einen rosa Wahlbrief, in die die Stimmzettel und der Wahlschein richtig eingelegt werden müssen. Eine genaue Anleitung liegt den Briefwahlunterlagen bei.
Wer bis 6. September keine Wahlbenachrichtigung erhalten hat, obwohl er glaubt wahlberechtigt zu sein, soll über die Wahlhotline (Telefon 2 33-9 62 33) mit dem Wahlamt im Kreisverwaltungsreferat Kontakt aufnehmen.

Geschäftsführung der ARGE München ab 3. September unter neuer Adresse und Telefonnummer erreichbar

(27.8.2009) Die Geschäftsführung der Arbeitsgemeinschaft für Beschäftigung München GmbH (ARGE München) zieht vom 28. August bis 2. September um und ist daher in diesem Zeitraum nur eingeschränkt erreichbar. Ab Donnerstag, 3. September, lautet die neue Hausanschrift: Orleansstraße 50 und die neue Rufnummer: 6 79 72-4 00. Die Postanschrift Orleansplatz 11 bleibt bestehen.
Der Service für die Bürgerinnen und Bürger in den 13 Münchner Sozialbürgerhäusern und in der Zentralen Wohnungslosenhilfe ZEW wird durch den Umzug nicht beeinträchtigt.

Die Pressestelle, die Widerspruchsstelle und der „Arbeitgeberservice Koordination" werden ebenfalls in das Dienstgebäude Orleansstraße 50 umziehen. Die Pressestelle der ARGE München erhält ab 3. September die neue Rufnummer: 6 79 72- 4 04.

Antworten auf Stadtratsanfragen

Donnerstag, 27. August 2009

Schulsozialarbeit an Schulen im Bereich Perlach-Ramersdorf
Anfrage Stadträtin Beatrix Burkhardt (CSU) vom 26.3.2009

Antwort Sozialreferent Friedrich Graffe:

In Ihrer o. g. Anfrage zur Schulsozialarbeit an Schulen im Bereich Perlach-Ramersdorf bedauern Sie, dass bei der Ausweitung der Standorte für Schulsozialarbeit an Grundschulen für Neuperlach ursprünglich kein neuer Standort vorgesehen war und stellen zum Planungsablauf mehrere Fragen.

Zu Ihrer Anfrage vom 26.03.2009 nimmt das Sozialreferat im Auftrag des Herrn Oberbürgermeisters im Einzelnen wie folgt Stellung:

Frage 1:
Wann fand die Information der Schulen aus dem Bereich des BA 16 statt?

Antwort:
Eine Information Münchner Grundschulen über die geplante Ausweitung der Schulsozialarbeit verbunden mit einer umfassenden aktuellen Bedarfsabfrage fand nicht statt. Dem Staatlichen Schulamt lagen jedoch schriftliche Bedarfsmeldungen von 11 Grundschulen vor, die an das Stadtjugendamt weiter geleitet wurden. Dem Stadtjugendamt lagen zusätzlich 4 weitere Interessensbekundungen vor. Aus dem Bereich des BA 16 lagen keine Meldungen vor. Das Staatliche Schulamt teilt mit, dass es bei Ausweitungen der Schulsozialarbeit künftig „selbstverständlich Bedarfe im gesamten Stadtgebiet abfragen" wird (siehe beigelegte Stellungnahme des Staatlichen Schulamts).

Frage 2:
Wer war für die Abfrage verantwortlich? (Schulreferat, Jugendamt, Staatliches Schulamt)

Antwort:
Nach Absprache zwischen Stadtjugendamt und Staatlichem Schulamt obliegen Bedarfsabfragen an Schulen grundsätzlich dem Staatlichen Schulamt.

Frage 3:
Handelt es sich bei dieser Abfrage um eine schriftliche Stellungnahme oder fanden lediglich Telefonate statt, die im Tagesgeschäft untergingen?

Antwort:
Da eine aktuelle Abfrage nicht stattfand, entfällt die Antwort auf diese Frage. Wie bereits in der Antwort zu Frage 1 dargelegt, lagen dem Staatlichen Schulamt 11 schriftliche Bedarfsmeldungen vor.

Frage 4:
Welche Schulen sprachen sich gegen eine Schulsozialarbeit aus?

Antwort:
Negative Stellungnahmen von Schulen lagen nicht vor.

Frage 5:
Mit welcher Begründung?

Antwort:
Da keine negativen Stellungnahmen vorlagen, entfällt die Antwort zu dieser Frage.

Frage 6:
Gibt es eine Prioritätenliste, anhand derer die Reihenfolge der gestellten Anträge erstellt wird? Wenn ja, welches sind die jeweiligen Gewichtungsfaktoren?

Antwort:
Seitens des Stadtjugendamtes gibt es selbstverständlich eine Zusammenstellung planungsrelevanter Faktoren. Eine ständige Prioritätenliste halten wir nicht für sinnvoll. Zur Sitzung der Planungsgruppe am 23.06.2008 waren folgende Kriterien als Entscheidungsgrundlage zusammengestellt (diese waren auch im Ausweitungsbeschluss des Kinder- und Jugendhilfeausschusses vom 23.09.2008 aufgeführt):

- Gewichtung einzelner Regionen auf Grundlage des Monitorings des Sozialreferates Regionen mit besonderem sozialem Handlungsbedarf hatten Vorrang
- Gewichtung einzelner Schulsprengel und Schulen anhand des Bildungsberichts des Schul- und Kultusreferates
- Bereits vorhandene Unterstützungen an Schulen (beispielsweise Tagesheime)
- Ausreichende räumliche Ressourcen (das Stadtjugendamt hat dies gemeinsam mit dem Schulreferat- und Kultusreferat in jedem Einzelfall überprüft)
- Aufgeschlossenheit der jeweiligen Schule für Schulsozialarbeit.

Zu den Fragen 1 bis 5 möchte ich Ihnen mitteilen, dass die Beantwortung dieser Fragen in der Zuständigkeit des Staatlichen Schulamtes liegt. Vom Staatlichen Schulamt liegt eine Stellungnahme vor, die meinem Schreiben als Anlage beiliegt.

Zusammenfassend kann ich Ihnen zu den Planungszuständigkeiten und zum Planungsablauf mitteilen, dass eine Absprache zwischen dem Stadtjugendamt und dem Staatlichen Schulamt dahingehend besteht, dass Bedarfsabfragen an einzelnen Schulen dem Staatlichen Schulamt obliegen. Insbesondere möchte ich auf den letzten Absatz in der Stellungnahme des Staatlichen Schulamtes verweisen, wonach künftig eine frühzeitige umfassende Bedarfsrecherche durch das Staatliche Schulamt im gesamten Stadtgebiet vorgesehen ist.

Zu der entscheidenden Sitzung der Planungsgruppe mit Vertretungen des Staatlichen Schulamts, der Sozialbürgerhäuser, des Schul- und Kultusreferates, der Förderschulen sowie des Sozialreferates/Stadtjugendamt am 23.06.2008 hatte das Stadtjugendamt u. a. eine Aufstellung der Regionen mit besonderem Handlungsbedarf vorbereitet. Dabei war auch Neuperlach aufgeführt. Unter Berücksichtigung aller planungsrelevanten Faktoren (siehe dazu Antwort auf Frage 6) wurden von der Planungsgruppe schließlich die am 23.09.2008 im Kinder- und Jugendhilfeausschuss beschlossenen Standorte vorgeschlagen.
Zu berücksichtigen ist, dass die Planungsgruppe durch die Stadtratsziele 2008 einen festen Rahmen für neue Standorte an Grundschulen vorgegeben hatte. Die Erweiterung um einen Standort hätte zum damaligen Zeitpunkt zwingend den Verzicht auf einen anderen Standort bedeutet. Wie bekannt, ist es im Nachgang durch eine Umverteilung vorhandener Mittel

gelungen, doch noch eine Schule in Neuperlach mit Schulsozialarbeit auszustatten.

Bereits mehrfach habe ich darauf verwiesen, dass die Landeshauptstadt München in der Schulsozialarbeit seit langem ganz außerordentliche Anstrengungen unternimmt. Beispielsweise wurden die Standorte an Grundschulen vergangenes Jahr mehr als verdoppelt. Ein weiterer Ausbau wäre möglich, wenn die Staatsregierung ihren Aufgaben im Rahmen der Zuständigkeit für das Bildungswesen stärker nachkommen würde.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Donnerstag, 27. August 2009

München beteiligt sich an der von England ausgehenden Transition-Town-Initiative
Antrag Stadträtin Mechthild von Walter (ÖDP)

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für Anträge und Anfragen von Stadtratsmitgliedern der **SPD** trägt: Alexander Reissl; **CSU**: Josef Schmid; **Bündnis 90/Die Grünen**: Siegfried Benker; **Rosa Liste**: Thomas Niederbühl; **FDP**: Dr. Michael Mattar; **Die Linke**: Brigitte Wolf; **ÖDP**: Mechthild von Walter; **Freie Wähler**: Johann Altmann; **Bayernpartei**: Thomas Hummel; **BIA**: Karl Richter.
Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

Politik, die aufgeht. ödp.

ödp. Mechthild v. Walter, M.A., Klugstraße 38, 80638 München

Herrn Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

27. August 2009

Antrag

München beteiligt sich an der von England ausgehenden Transition-Town-Initiative

Die Landeshauptstadt München beteiligt sich an der Transition-Town-Initiative, einer Bewegung, die darauf abzielt, Kommunen und Regionen krisensicher zu machen und eine Kultur der Nachhaltigkeit nach den Vorstellungen der Bürgerinnen und Bürger zu schaffen. Dabei sollen die lokalen Initiativen bei ihrer Vernetzung unterstützt und der Erfahrungsaustausch auf nationaler und internationaler Ebene
gefördert werden. Im Mai 2009 tagte in London die zweite internationale Transition-Konferenz mit über 300 Teilnehmern, um Bilanz zu ziehen und Projekte zu planen und zu koordinieren. An ihr nahm auch Ed Moilbrand, britischer Minister für Energie und Klimawandel teil, der diese schnell wachsende, junge Bewegung als „absolut notwendig“ bezeichnete.

Begründung:

Klimawandel, Rohstoffknappheit (Peak-Oil) und Wirtschaftskrise erfordern eine gesamtgesellschaftliche und weltweite Anstrengung zu ihrer Bewältigung und zur Schaffung einer krisensicheren Wirtschafts- und Lebensweise. Das kann nur gelingen, wenn die Kreativität und die Kräfte der überall bereits entstandenen lokalen Basis-Bewegungen unterstützt und deren Erfahrungen ausgetauscht werden.
In der gemeinsamen Anstrengung, Probleme anzupacken und in Projekten zu Lösungen zu kommen, werden in den „Graswurzelbewegungen“ lokal angepasste Strategien entwickelt, die zur Mitarbeit motivieren und jeden einzelnen zum Nachdenken und Umdenken anregen.

Die Kleinstadt Totnes im Südwesten Englands ist mittlerweile zum Symbol und Vorzeigeprojekt einer internationalen Bewegung für den Übergang (Transition) in eine nachhaltige Kultur geworden. In Totnes
arbeiten Gruppen zu Themen wie ökologischer Hausbau, Energiewende, Ernährung, Bildung, Gesundheit, Regionalwährung, „Herz und Seele“, Mobilität, Kunst. Sie alle tragen die Transition-Bewegung und arbeiten themenspezifisch am Wandel für eine Gesellschaft nach Peak-Oil. Sie entwickeln Angebote und Projekte und suchen Partner für deren Realisierung. Unterstützt werden sie dabei von einem Gemeinschaftsbüro, in dem mittlerweile Anfragen aus aller Welt eingehen. Dort arbeitet auch Ron Hopkins mit, der Verfasser von „Das Energiewende-Handbuch“, in dem er Anleitungen zu kreativen Antworten auf die Krisen gegeben hat und diese detailliert darlegt.

Politik, die aufgeht. ödp.

Seite 2 des Antrages vom 27. August 2009

Regionale und lokale Orientierung ist nicht nur eine Antwort auf Peak-Oil und Klimawandel, sondern auch auf die internationale ökonomische Krise, die unter anderem durch ein schlecht reguliertes Finanzwesen verursacht wurde.

Der Erfolg der Transition-Town-Bewegung beim Aufbau krisenfester Kommunen beruht nicht nur darauf,
dass durch einzelne Projekte konkrete Probleme gelöst werden, sondern dass durch diese Arbeit viele Menschen von der Entmutigung befreit werden, die von der Verleugnung oder Vermeidung der großen Zeitfragen herrührt.

Weitere Informationen: www.transitiontowns.org.

Mechthild v. Walter
Stadträtin

Ökologisch-Demokratische Partei
im Münchner Rathaus
Mechthild v. Walter, M.A.,Stadträtin
Klugstraße 38, D-80638 München
Telefon 089-15 39 87, Fax15 12 63
mechthild.von-walter@muenchen.de
www.oedp-muenchen.de